

Integration ist unsere Zukunft

Deutschland ist mittlerweile reich an Vielfalt und Erfahrung im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Sozialisierungen. Wir können heute viele Erfolge und Fortschritte im gesellschaftlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft feststellen, stehen jedoch auch vor weiteren und immer neuen Herausforderungen. Die Integration aller Menschen ist auch in Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben, die sich unserem Land stellen. Integration gelingt, wo Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft, auf Bildung und Arbeit bestehen und diese auch genutzt werden. Das zu erreichen ist keineswegs einfach. Es erfordert kontinuierliche politische Arbeit, gesellschaftliche Überzeugungskraft und Anstrengung sowie natürlich auch Einschnitte. Wichtig ist, dass alle die Notwendigkeit erkennen, mitzumachen.

Die SPD steht für stärkeren Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven

Wir wollen die Zukunft unseres Landes gestalten und mit unserer Integrationspolitik Perspektiven eröffnen. Dabei machen wir immer darauf aufmerksam, dass Integration primär auch eine soziale Frage ist und der Bedarf an integrativen Maßnahmen nicht auf die Herkunftskultur oder -religion beschränkt sein darf. Fremdheit darf nicht das Hauptaugenmerk unserer Politik sein. Ob mit oder ohne Migrationshintergrund: Alle Menschen verdienen eine faire Chance auf Teilhabe – und zwar von Anfang an. Dafür braucht es eine Integrationspolitik aus einem Guss, die fordert und fördert.

Mit unserem Integrationskonzept vom Januar 2011 haben wir aufgezeigt, wie dieser Weg von allen gemeinsam gegangen werden kann. Nach über fünf Jahrzehnten seit der Anwerbung der ersten Gastarbeiter betrifft Integration als Querschnittsaufgabe nahezu alle politischen und gesellschaftlichen Themenfelder: von der Kita bis zur Altenpflege, von der Berufsausbildung bis zum Wohnumfeld. Dabei verschließen wir nicht die Augen vor Schwierigkeiten, die es zweifelsohne bei der Integration gibt, fordern aber auch, über die vielen positiven Beispiele und Chancen nicht hinwegzusehen. Klar ist: Wir lassen nicht zu, dass eine ambitionierte Integrationspolitik mit positiver Grundausrichtung als Multi-Kulti-Träumerei abgestempelt wird – erst Recht nicht von ständig blockierenden Bedenkenträgern aus der CDU/CSU.

Eine herausragende Bedeutung messen wir der Bildungspolitik und der Stadtentwicklung bei. Beide Themen werden wir in den nächsten Monaten verstärkt bearbeiten und unsere Ansätze vor Ort mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren.

Die Bedeutung von Bildung und Sprache

Bildung und Sprache gehören zu den wichtigsten Bausteinen für eine erfolgreiche Integration. Dabei sollte die Förderung und Wertschätzung von Mehrsprachigkeit als bereichernde Fähigkeit im deutschen Schulsystem weiter vorangetrieben werden. Sprachfähigkeiten sind wichtige und zum Teil ungenutzte Ressourcen für unser Land. Weil Bildung und Sprache über die persönliche Zukunft und Integration eines jeden Menschen entscheiden, setzen wir uns für eine durchgängige Sprachförderung und optimale Bildungsmöglichkeiten, z.B. in Form von individuellem Lernen, ein. Von einer intensiven und einzelfallbezogenen Betreuung profitieren alle Kinder, sowohl die mit großem Förderbedarf als auch die sehr Begabten. Eine solche Förderung beginnt im Idealfall in Krippe und Kita und muss in der Schule und Berufsschule fortgesetzt werden. Mit dem von der SPD auf den Weg gebrachten Ganztagschulprogramm und dem von uns



Foto: photothek.net

durchgesetzten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag ab 2013 haben wir einiges erreicht. Daran wollen wir anknüpfen. Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung muss auf ganztägige Betreuung ausgeweitet werden. Außerdem wollen wir die Ganztagschulen flächendeckend ausbauen, sodass spätestens 2020 jedes Kind die Möglichkeit hat, eine gute Ganztagschule zu besuchen. Weil Bildung ein zentraler Integrationsanker ist, müssen wir auch die bisher unzureichenden Anstrengungen beim Übergang der Jugendlichen von der Schule in die Ausbildung und in den Beruf intensivieren.

Den Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf schaffen

• **Berufsorientierung in der Schule intensivieren:** Eine rechtzeitige Berufsorientierung und Berufseinstiegsbegleitung bereits in der Schule sind dringend notwendig, um Jugendlichen die großen Chancen im deutschen Ausbildungssystem aufzuzeigen und rechtzeitig auf die Ausbildungsreife aller Schülerinnen und Schüler hinzuwirken. Die Einführung eines regulären Schulfaches „Berufsvorbereitung“ ab Klasse 7 gehört für uns dazu.

• **Zweite Chance auf Schulabschluss und Ausbildung:** Alle, die keinen Schulabschluss erreicht haben, sollen eine zweite Chance bekommen, den Abschluss berufsbegleitend mit finanzieller Unterstützung nachzuholen. Wer drei Jahre nach Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, soll einen gesetzlichen Anspruch auf Berufsbildung durch staatliche Förderung erhalten.

• **Betriebe für die Ausbildung in die Pflicht nehmen:** Zuerst stehen die Betriebe, private wie öffentliche, bei der Ausbildung in der Pflicht. Die Betriebe müssen im eigenen Interesse dafür sorgen, dass junge Menschen gut und umfassend ausgebildet werden. Wir wollen zusätzliche Anreize für mehr betriebliche Ausbildungsplätze schaffen.



Foto: photothek.net

Stadtentwicklung ist gelebte Integration vor Ort

Neben der Bildungspolitik ist die Stadt- und Quartiersentwicklung ganz entscheidend für das Gelingen oder Scheitern von Integration. Städte befinden sich im Fokus der Zuwanderungsbewegungen, das gibt urbanen Zentren eine besonders komplexe Sozialstruktur und Vielfalt. Andererseits macht der Demographische Wandel auch vor

Städten nicht halt. Deutschland ist das kinderärmste Land Europas, wir leben in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft. Umso wichtiger ist es für die Zukunft, die besonderen Herausforderungen in Städten anzunehmen, aber auch die urbanen Potenziale zu erkennen und funktionierende städtische Systeme unter Einbindung aller dort Lebenden zu schaffen.

Integration findet vor Ort statt – das heißt für uns: Runter von den diversen Integrationsgipfeln im Bundeskanzleramt, und hinein in die Arbeit vor Ort. Wir schließen uns nicht dem Lamentieren über vermeintliche „Parallelgesellschaften“ oder „ghettohafte Stadtteile“ ohne deutschstämmige Wohnbevölkerung an. Denn welches Problem wurde bisher dadurch gelöst? Wir beschreiten vielmehr eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklungspolitik. Dazu gehört, die Augen nicht vor den Tatsachen zu verschließen oder so zu tun, als könne alles wieder sein „wie früher“. Wir haben unter rot-grüner Regierung gezeigt, wie es funktionieren kann: zum Beispiel mit dem Programm Soziale Stadt. Dort, wo Stadtteile „abgehängt“ werden, verband dieses Programm bauliche Substanzverbesserung in den Städten mit sozial-integrativen Maßnahmen wie Sprachkursen, Bibliotheken oder Kiez-Projekten.

Schwarz-Gelb kürzt die Soziale Stadt

Integrationspolitisch vollkommen verheerend und kontraproduktiv ist die von der schwarz-gelben Bundesregierung durchgedrückte „Reform“ des Programms Soziale Stadt: Die Mittel wurden um 70 Prozent auf nur noch 28,5 Millionen Euro pro Jahr gekürzt, und sozial-integrative Maßnahmen dürfen überhaupt nicht mehr gefördert werden. Beton statt Bildung, so das Motto der schwarz-gelben Bundesregierung. Oder wie Patrick Döring, stellv. Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, im März 2010 die Haltung der Regierungskoalition selbstentlarvend auf den Punkt brachte: „Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition.“

Die Bundesregierung wendet sich ab von Projekten für diejenigen, die sich am wenigsten selbst helfen können. In unseren Augen ein fataler Schritt. Wir fordern deshalb:



• Die Bundesmittel für das Programm Soziale Stadt müssen mindestens auf dem Niveau von 2009 in Höhe von 105 Millionen Euro fortgeschrieben werden. Außerdem müssen Integrationsprojekte im Rahmen des Programms einen noch größeren Stellenwert bekommen. Denn der Zusammenhalt vor Ort verdient eine größere Aufmerksamkeit.

• Quartier- oder stadtteilbezogene Netzwerke und Aktivitäten in benachteiligten Stadtbezirken müssen gestärkt werden und zu Integrationszentren vor Ort verdichtet werden. Dort soll es Unterstützung aus einer Hand geben – mit Sozialarbeit, mit aufsuchender Elternarbeit und mit Bildungsangeboten wie beispielsweise Kiez-Bibliotheken oder speziellen Sprachkursen für Frauen oder ältere Migranten.

Zusammenhalt in religiöser Vielfalt

Nach der Einwanderung von Gastarbeitern sprach man in Deutschland Jahrzehnte lang von „den Ausländern und den Deutschen“ – eine Einteilung, die zunächst Sinn ergab. Allerdings beherrschten Begriffe wie „Fremde“ oder „Ausländer“ schnell die Bilder in den Medien, besonders wenn es um negative Berichterstattung ging. Später wurden diese Begrifflichkeiten durch das Wort „Migranten“ ersetzt, welches sowohl hier als auch im Ausland Geborene beinhaltet. So nützlich Kategorisierungen meist sind, sie führen in diesem Fall leider auch zu Ausgrenzung und verhindern, dass sich „integrierte Migranten“ auch als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft fühlen können.

Parallel zu dieser Entwicklung wurde der Islam als religiöses Merkmal von Einwanderern stärker wahrgenommen als Jahrzehnte zuvor. Durch die grausamen Terroranschläge des 11. Septembers wurde hoffähig, was sich bereits zuvor in europäischen Ländern andeutete – eine leichtfertige, pauschalisierende Assoziation des Islam und der Muslime mit Terrorismus und Gewalttätigkeit.

Leider wird auch in der Bundesregierung offensichtlich zum Teil wenig Wert darauf gelegt, ob erhobene Thesen auch belegbar sind. Trauriges Beispiel ist Familienministerin Kristina Schröder, die Untersuchungen über Jugendliche in Auftrag gab und entgegen der von den Wissenschaftlern erforschten Ergebnisse behauptete, dass es erwiesen sei, dass junge Muslime krimineller seien als andere. Solche Äußerungen haben wenig mit Verantwortung, Kompetenz oder einem realen Blick zu tun. Ganz im Gegenteil: Politiker manifestieren Vorurteile und versuchen auf diese Weise beim Wähler zu punkten. Ohne Zweifel ist dies der leichtere Weg, aber ob Angstdebatten auch gute Konzepte nach sich ziehen, ist eher zu bezweifeln.

Dabei ist der Umgang mit Religionen und die Klärung vieler offener Fragen eine der zentralen Herausforderungen, an denen sich entscheidet, ob es gelingt, Zusammenhalt und Stärkung einer Gesellschaft in ihrer Pluralität zu erreichen. Debatten über Veränderungen und Erwartungen sowie

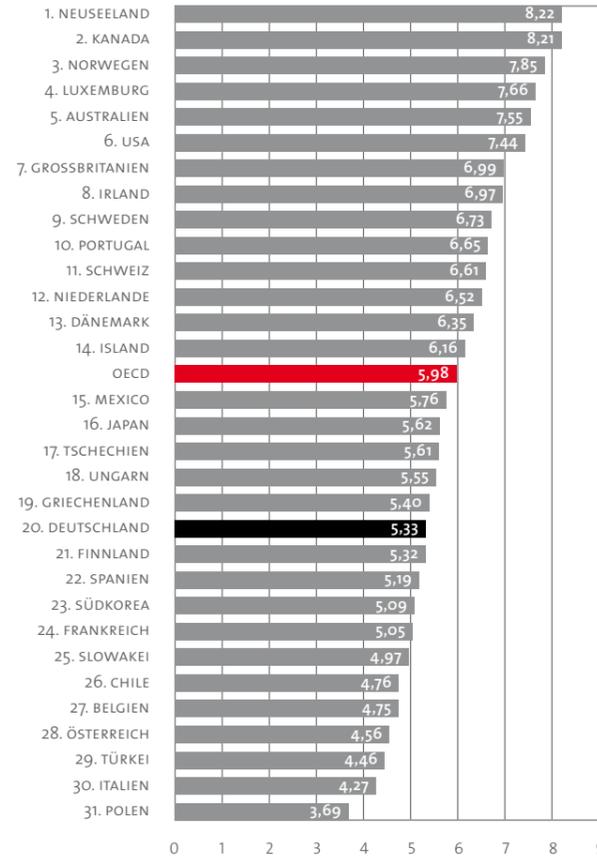
Diskurse über unserer Demokratie feindlich gesinnte Parallelgesellschaften sollten intensiv geführt werden. Denn es muss auch deutlich werden, ob bei manch einer Entscheidung oder Rhetorik tatsächlich Probleme gelöst werden können oder ob vielmehr durch verbale und praktische Ausgrenzungen echte Parallelgesellschaften geschaffen werden.

Sehr viel intensiver sollte an formal entscheidenden Fragestellungen gearbeitet werden, ohne diese wie Bundesinnenminister Friedrich vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Welchen Stellenwert wird der Islam in unserem säkularen Staat neben den christlichen Kirchen und dem Judentum erhalten? Welche Vereinbarungen sollten zwischen dem Staat und Religionsvertretern getroffen werden? Welche Vertretungen werden von Seiten muslimischer Organisationen angeboten, welche als staatliche Ansprechpartner auch von der Bevölkerung akzeptiert?

Neben der derzeitigen Einrichtung von Lehrstühlen für islamische Theologie an unseren Universitäten brauchen wir eine ausgewogenere Debatte über die Unterscheidung zwischen tatsächlich religiösem Leben und der einfachen Zuschreibung auf Grund von Herkunft. Am Ende stehen wir in der Verantwortung, die Religionsfreiheit zu wahren und alle zu stärken, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen.

Bundesregierung muss der Integration die erforderliche Priorität einräumen

Wir werden in der Integrationspolitik weiter Druck auf die schwarz-gelbe Bundesregierung ausüben. Den vielen warmen Worten zur Bedeutung der Integration müssen angemessene konkrete Taten folgen. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass bei der Integration noch viel zu tun ist. Deutschland schneidet hier im Vergleich mit den anderen OECD-Ländern in Bereichen wie der Arbeitsmarktintegration, der Präsenz an Hochschulen oder der Repräsentation von Migranten im öffentlichen Dienst unterdurchschnittlich ab:



Quelle: Bertelsmann Stiftung

Nach der Bertelsmann-Studie „Sustainable Governance Indicators 2011“ liegt Deutschland bei der Integration der Einwohner mit Migrationshintergrund nur auf Platz 20 der 31 OECD-Staaten

Wir sind der Meinung, dass Deutschland höhere Ansprüche an sich und seine Integrationspolitik haben sollte. Eine funktionierende Gesellschaft, in der Teilhabe für alle gewährt wird und Zusammenhalt herrscht, muss das Ziel sein. Einziger Weg dorthin ist eine fortschrittliche Integrationspolitik für Bildung, Chancen und Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Integration entscheidet über das Deutschland von morgen

Integration nehmen wir als gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag an. Die Integrationspolitik steht als Querschnittsaufgabe im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit und ist darum auch ein Schwerpunkt im „Projekt Zukunft“ der SPD-Bundestagsfraktion: „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung,“ so SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. „Wir müssen mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis, und gerade deshalb vertrauenswürdig.“

Um diesen Anspruch einzulösen, hat die SPD-Bundestagsfraktion mehrere Projektgruppen eingesetzt, die zentrale Modernisierungsfragen bearbeiten. Im intensiven Austausch mit den Menschen und gesellschaftlichen Gruppen wollen wir neue Antworten auf drängende Zukunftsfragen entwickeln. Eine dieser Aufgaben ist die Integrationspolitik.



Foto: photothek.net

Darum werden wir uns vor Ort informieren und Praxistage im integrationspolitischen Bereich durchführen. Wir wollen jeweils konkret erfahren: Was findet wo unter welchen Bedingungen statt? Was funktioniert gut und was gar nicht? Welche Schwierigkeiten tauchen vereinzelt oder immer wieder auf?

An diesen Praxistagen werden SPD-Abgeordnete im gesamten Bundesgebiet eine oder mehrere Einrichtungen, die sich mit integrationspolitischen Fragen befassen, besuchen und dabei die Erfahrungen, aber auch Handlungsempfehlungen der Einrichtungen aufnehmen. Auch Diskussionsabende können Teil der Praxistage sein. Im Anschluss werden wir unser Integrationskonzept weiter ausarbeiten um es noch näher am Alltag in der Integrationsarbeit auszurichten.

Flankierend wird die SPD-Bundestagsfraktion selbstverständlich neben ihren Vorschlägen auch Gesetzesentwürfe und Anträge in den Deutschen Bundestag einbringen.

Unsere Botschaft ist klar: Wir übernehmen Verantwortung und packen die Integration als zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Landes an.

Integration heißt Zusammenhalt und Fortschritt

Gleichberechtigt miteinander leben



IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICKEITSSARBEIT
TEXT: NIELS STRENGE, ROBERT OSZKINAT, AYDAN ÖZOGUZ
REDAKTION: JOHANNA TIGGES
FOTOS: © KLAUS VHYNALEK (TITEL), JOCK+SCOTT / PHOTOCASE.COM (S. 6), PHOTOTEK.NET (S. 3, 4, 10)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.